

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Das kleinere Übel

Von interessierter Seite wird eine Auflösung der Währungsunion zum politischen und wirtschaftlichen Weltuntergang hochstilisiert. Diese Dramatisierung schafft die Propaganda-Plattform für die Kernthese, dass es keine Alternative zur Fortsetzung der Euro-Rettung gibt, die Deutschland immer fester an das Schicksal der mehr oder weniger einsichtigen und sparwilligen Schuldenländer kettet. Malte Fischer, der Chefökonom der „Wirtschaftswoche“, hat kürzlich die verschiedenen Optionen und Szenarien in einem lesenswerten Beitrag durchgespielt. Er hält die Aufwertungsrisiken für den deutschen Export selbst im Falle der Wiedereinführung der DM für kalkulierbar. Erstens sei die Nachfrage nach deutschen Produkten wegen der Wettbewerbsvorteile bei der Produktqualität wenig preissensibel. Außerdem bestünden die Ausfuhren zu mehr als 40% aus importierten Vorleistungen. Eine starke Währung senke daher die Einfuhrkosten und schaffe den Exporteuren Spielräume für Preisnachlässe. So könnten die Unternehmen wechselkursbedingte Verteuerungen ausgleichen. Entscheidend für den Export sei die Auslandskonjunktur, deren Bedeutung vier Mal so hoch sei wie der Wechselkurs. Unbestreitbar ist allerdings, dass die von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen, Garantien und Bürgschaften gewaltige Belastungen und Risiken geschaffen haben, für deren Abbau es derzeit noch keinen Masterplan gibt. Das gilt vor allem für den nicht ausschließbaren Staatsbankrott von Schuldnerländern, der dem

deutschen Steuerzahler immense Kosten bescheren würde. Schwerwiegend wäre vor allem ein Ausfall der deutschen Forderungen, die aus dem Target-Zahlungssystem der europäischen Notenbanken resultieren. Hier hat sich Deutschland seit 2009 sehenden Auges in eine äußerst komplexe Lage der politischen Erpressbarkeit begeben. Doch die Stunde der Wahrheit wird kommen. Eigentlich geht es nur noch um das kleinere Übel: Entweder fügt sich die Bundesrepublik in die angeblich alternativlosen Fortsetzungszwänge einer unlimitierten Euro-Rettung, die irgendwann in einem gemeinsamen Zusammenbruch der Euro-Länder enden dürfte. Oder aber man versucht, durch Austritt oder neue Währungs-Konfigurationen zu retten, was noch zu retten ist. Letztlich reduziert sich die Frage darauf, ob die Deutschen einem Ende mit Schrecken oder dem Schrecken ohne Ende den Vorzug geben.

Vertrauenskrise

Die schwelende Euro-Krise, die jederzeit bisher nicht gekannte Eruptionen auslösen kann, führt hierzulande längst zum schleichenden Abbau demokratischer Grundrechte. Die Art und Weise, wie der deutsche Bundestag – ohne hinreichende Information und Sachkenntnis – immer wieder willfährig weitreichende Beschlüsse zur Euro-Rettung fasst, hat nur noch formal mit dem Prinzip der Gewaltenteilung zu tun. Auch das Eigentumsrecht läuft Gefahr, zunehmend ausgehöhlt zu werden. Die von der EU geplante Heranziehung „reicher“ Sparer zur Abwicklung maroder Banken zeigt, wohin der Weg ge-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

hen soll. Offensichtlich soll die in Zypern realisierte Praxis, Guthaben von über 100.000 Euro gewaltig zur Ader zu lassen, in ganz Europa zum Modell werden. Gleichzeitig soll das ohnehin nur noch rudimentäre Bankgeheimnis nach dem Willen der Eurokraten weiter eingeschränkt werden. Die „Wirtschaftswoche“ schreibt: „Hierzulande wird vertraut auf die Einlagengarantie der Bundesregierung. Einen Rechtsanspruch auf Entschädigung aus der Staatskasse gibt es aber nicht. Die gesetzliche Einlagensicherung gilt bis zu einem Betrag von 100.000 EUR pro Bank und Kunde. Nur würden weder die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken noch die Institutsicherung der Sparkassen und Volksbanken eine systemische Krise überstehen. Im Einlagensicherungsfonds der Privatbanken befinden sich bestenfalls 5 Mrd. EUR bei Einlagen von insgesamt rund 3 Bil. EUR.“

„Die Armutslüge“

Die europäische Vermögensstudie der EZB stellt die Legende von den „reichen“ Geberländern und den „armen“ Nehmerländern auf den Kopf. Sie entzieht der bisherigen Euro-Rettung, die immer wieder mit der Notwendigkeit internationaler Solidarität begründet wurde, die moralische Basis und Legitimation. Der Untersuchung zufolge rangieren die Deutschen mit einem durch-

schnittlichen Haushaltsvermögen von 51.000 EUR auf dem letzten Platz der 15 untersuchten EU-Länder. Sie sind ärmer als die Slowaken und Slowenen, nur halb so reich wie die Griechen (102.000) und fast notleidend im Vergleich mit den Zyprioten (267.000) und den Luxemburgern (398.000). Für Italien werden 174.000 und für Spanien 183.000 gemeldet. Widerlegt wird damit auch die gängige Propaganda, Deutschland habe besonders von der Gemeinschaftswährung profitiert. Denn: Die Bundesrepublik ist nach der Euro-Einführung bei Pro-Kopf-Einkommen und Wachstum deutlich zurückgefallen. Umso unbegreiflicher ist, dass trotz dieser Fakten selbsternannte Finanzexperten wie Gabriel und Trittin weiter Eurobonds propagieren. Obwohl Forschungsinstitute mittelfristig mit hohen Haushaltsüberschüssen rechnen, kündigen SPD und Grüne darüber hinaus drastische Steuererhöhungen an, die angeblich der sozialen Gerechtigkeit dienen sollen. Der „Spiegel“ widmet der EZB-Studie eine lesenswerte Titelgeschichte unter der Überschrift „Die Armutslüge – Wie Europas Krisenländer ihre Vermögen verstecken“. Angesichts dieser Erkenntnisse nimmt die politisch gewollte Zementierung der deutschen Zahlmeisterrolle in Europa mittlerweile selbstzerstörerische Züge an.